

Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Wochenblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

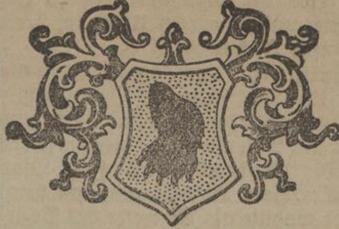
Bezirksanzeiger

und Zeitung

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Erst ein: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit od. sonstig irgend welcher Störung d. Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchl. M 620 Milliarden bei freier Zustellung; bei Abholung wöchl. M 600 Milliarden; durch die Post monatlich M —.— freibleibend.



Anzeigen-Grundzahlen in Goldmark: Die sechsmal gepaltene Beizeile (Moffe's Zeilenmaß 14) M —.15, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M —.10. Umtliche Zeile M —.45 und M —.30; Reklame M —.40. Tabellarischer Satz 50 Prozent Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigen gebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. — Briefkurs vom Zahlungstag. Mindestkurs: Tag der Rechnung. — Familien-Anzeigen nach ermäßigtem Tarif.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Haupstblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Bollung, Großhirsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 365.

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Zugl. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 142.

Donnerstag, den 29. November 1923.

75. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Brandkasse.

Die Landesbrandversicherungskammer hat für den 1. Dezember d. J. einen weiteren Brandkassentermin eingeschoben, wonach $\frac{1}{2}$ Goldpfennig für die Gebäudeeinheit zu zahlen ist.

Die sich hiernach ergebenden Beträge sind zur Vermeidung zwangsweiser Beitreibung bis spätestens

15. Dezember 1923

an die Stadtsteuerkasse abzuführen.

Pulsnitz, am 29. November 1923.

Der Stadtrat

Bekanntmachung.

Es wird darauf hingewiesen, daß nach der Bekanntmachung vom 30. Novbr. 1901 die Grundstückseigentümer verpflichtet sind, die Fußwege nach Eintritt von Schneefall und Frost gehörig zu bestreuen und die Bestreuerung so oft zu wiederholen, als es die Sicherheit des Verkehrs erfordert.

Zu widerhandlungen gegen diese Bestimmungen werden nach § 366, Abs. 10 mit Geldstrafe oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Pulsnitz, am 27. November 1923.

Der Stadtrat.

Das Wichtigste.

Die in Sachen befindlichen Reichswehrverpflichtungen werden Mitte der Woche abtransportiert.

Der Haftentlassungsantrag Dr. Beigners ist vom Leipziger Reichsgericht abgelehnt worden.

Polenaree droht mit der Befreiung von Berlin und München im Falle einer nationalen Diktatur in Deutschland.

Der Herbsttag, der in Thüringen als gesetzlicher Feiertag ausgerufen worden ist, wurde gleichwohl von der Bevölkerung allgemein begangen. Die Geschäfte hatten sämtlich geschlossen.

Der sächsische Landtag stimmte einem Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Amtstätigkeit des früheren Ministerpräsidenten Dr. Beigner und über die Führung der Strafuntersuchung gegen diesen einstimmig zu.

Dr. Schacht erklärt, die Währungsreform gehe ihren richtigen und klar vorgezeichneten Weg.

Die Deutschnationalen erklären sich mit einem Kabinett Stegerwald einverstanden.

Die Sitzung der Repko ist auf Freitag vertagt worden, da Bradbury plötzlich nach London abgereist ist.

Auf Moskauer Befehl fanden gestern kommunistische Unruhen in Berlin statt.

Es ist damit zu rechnen, daß in spätestens zwei bis drei Wochen ein für die Bewältigung des derzeitigen Zahlungsmittelverkehrs ausreichender Betrag in Rentenmark in den Verkehr gebracht sein wird.

Die Dauerkrisis.

Der Reichspräsident hat sich durch die Art, wie er in die Regierungskrise eingriff, selbst in den Vordergrund geschoben und trägt jetzt ausschließlich die Verantwortung dafür, daß mehrere kostbare Tage, in denen die ganzen Regierungsgeschäfte ruhen, verstrichen sind. Daß ohne daß eine Regierung zustande gekommen ist. Daß der Reichspräsident sich so exponierte, war nicht nötig. Dr. Stresemann hat in der vergangenen Woche schon darauf aufmerksam gemacht, daß es sich hier weniger um eine Regierungskrise als um eine Parlamentskrise handelte, und wenn man die Dinge ruhig hätte laufen lassen, dann würde diese Entwicklung sich vollendet haben. Statt dessen hat Herr Ebert Vorsehung spielen wollen; ob das geschah, weil der alte sozialdemokratische Parteiman in ihm durchging oder weil er über die Stimmung in den Fraktionen ganz falsch unterrichtet war, mag dahin gestellt bleiben, jedenfalls hat er es verhindert, daß öffentlich die Konsequenzen gezogen werden konnten aus der Abstimmung des Reichstages, die Dr. Stresemann führte. Denn das war doch eigentlich das Selbstverständliche nach jedem parlamentarischen Brauch, daß diejenigen Parteien, die der bisherigen Regierung das Vertrauen versagt hatten, nun zunächst vor die Frage gestellt wurden, wie sie sich die Fortsetzung der deutschen Politik dachten. Die Sozialdemokraten waren mit ihrem Votum sofort am Ende, weil sie wußten, daß auch ihre alten Genossen der Weimarer Koalition von jedem Zusammenregieren mit ihnen genug hatten, sie wußten auch, daß selbst ein Bündnis mit den Kommunisten ihnen keine Mehrheit verschaffte, daß sie also durch ihre eigene Schuld von jeder Kombination ausgeschlossen blieben. Ganz anders dagegen war es mit den Deutschnationalen, die den Mund seit Monaten nicht voll genug nehmen konnten, die so tapfer von Rechtsbilligkeit, Rechtsregierung und anderen schönen Sachen sprachen. Der Reichspräsident mußte sich mit ihnen in Verbindung setzen, er mußte ihnen die Kabinettsbildung übertragen, schon um ihnen zu beweisen, daß sie weniger als

Stegerwald, Kandidat für den Reichskanzlerposten

Die Haltung der Deutschnationalen.

Berlin, 28. November. Von deutschnationaler Seite werden die Bemühungen zwecks Gründung eines Bürgerblocks als erfolgreich bezeichnet. Stegerwald wird auch von deutschnationaler Seite zunächst als aussichtsreichster Kandidat für den Reichskanzlerposten bezeichnet. Nach den Erfahrungen im Kabinett Cuno verweist man aber darauf, daß einem Wirken des Reichskabinetts auf rein bürgerlicher Basis durch ein Kabinett in Preußen, das unter dem Einfluß der Sozialdemokraten, also der Gegner des bürgerlichen Reichskabinetts steht, entgegen gearbeitet werden könnte. Es ist daher von der deutschnationalen Volkspartei den Vertretern der beiden für einen Bürgerblock in Betracht kommenden größten Parteien, also dem Zentrum und der deutschen Volkspartei nahe gelegt worden, dieses unmögliche Verhältnis zu klären. Es ist von der deutschnationalen Fraktion größtes Gewicht daraufgelegt worden, daß diese Klärung halbmöglichst erfolge. Die gesamten Fragen der Bildung eines Bürgerblocks werden in Vertrauenssitzungen der Reichstagsfraktion unter Zugiehung zahlreicher Mitglieder der deutschnationalen Fraktion des Landtages, sowie des Reichs- und Staatsrates besprochen werden.

Stegerwald bei Ebert.

Berlin, 28. November. Der „Vorwärts“ berichtet: Der Reichspräsident hat gestern in später Abendstunde den Zentrumsabgeordneten Adam Stegerwald empfangen, der von den Parteien des bürgerlichen Blocks als Kanzlerkandidat genannt wurde. Einen Antrag zur Kabinettsbildung hat Stegerwald noch nicht erhalten, doch ist damit zu rechnen, daß ihm ein solcher Auftrag im Laufe des heutigen Tages erteilt wird. Seinen Kommentar zu dieser Meldung schließt das Blatt mit folgendem Satz: Das Zentrum hat der Republik den bisher populärsten Kanzler in Josef Wirth gestellt. Es ist jetzt im Begriff, ihm den unpopulärsten in Adam Stegerwald zu bieten und damit auch zu dokumentieren, welche Bildung sich im deutschen Bürger seit dem Bestehen der Verfassung von Weimar vollzogen hat.

Berlin, 29. November. Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat sich Stegerwald gestern Abend zum Reichspräsidenten begeben und mit ihm die Lage besprochen. Das Ergebnis der Besprechungen lautet, daß Stegerwald sich bereit erklärt hat, seine Bemühungen zu einer Kabinettsbildung fortzusetzen.

andere Parteien imstande waren, die Dinge zu meistern. Nicht etwa nur aus dem Grunde, um die Deutschnationalen zu klammern, sondern weil es ganz außerordentlich zur Beruhigung der Stimmung im Lande beigetragen haben würde, wenn sich herausstellte, daß auch die Deutschnationalen den Ring der Weissen nicht besaßen.

Daß Herr Ebert dieses Selbstverständliche nicht getan hat, wird ihm jetzt von allen Seiten zum Vorwurf gemacht. Nicht allein, wie die sozialdemokratische Presse behauptet, von den rechtslegenden Blättern, nein, auch die Zentrumspartei schließt sich dem an.

Ein Kabinett Stegerwald?

Nach den Angaben, die gestern im Reichstag umgingen, dürfte ein Kabinett Stegerwald, falls es zur Tatsache wird, etwa folgendermaßen ausfallen:

Dr. Jarres und Dr. Brauns würden ihre Ämter als Reichstagen bzw. Reichsarbeitsminister beibehalten, Dr. Stresemann würde das Ministerium des Äußern übernehmen. Er hat sich aber selbst noch nicht dazu bereit erklärt, sondern er macht seine Haltung davon abhängig, daß ihn sämtliche dem neuen Kabinett angehörenden Parteien auffordern, das Außenministerium zu führen.

Das Ernährungsministerium würde dem bekannten deutschnationalen Landwirt Schiele angetragen werden. Für das Finanzministerium war Dr. Helfferich in Aussicht genommen. Er hat jedoch wegen seines schlechten Gesundheitszustandes gebeten, von seiner Kandidatur Abstand zu nehmen.

Ob die Demokraten Geßler und Dejer als Wehr- bzw. Verkehrsminister auch im neuen Kabinett verbleiben werden, hängt von der Stellungnahme der Demokraten zu einem Kabinett Stegerwald ab. Die Deutschnationalen sollen aber außer dem Posten des Reichskanzlers und dem Reichsministerium für Ernährung das Finanzministerium auch für sich in Anspruch nehmen und gewiß sein, einen neuen Kandidaten nahinhaft zu machen.

Das Zentrum wird wahrscheinlich den Postminister Höfle und den Minister für die besetzten Gebiete Dr. Juchs beibehalten.

Die Deutsche Volkspartei soll das Reichsjustizministerium erhalten.

Berliner Pressestimmen.

Der „Vorwärts“ überschreibt seinen Lagebericht: Auch Stegerwald gescheitert! und bemerkt: als Reichskanzler einer Regierung der Mitte wird neuerdings wieder Herr von Kardorff genannt. — Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt: So kommen wir nicht weiter. Das Volk verliert die Geduld. Der Reichspräsident ernenne einen Reichskanzler, der Deutsche Volkspartei und Deutschnationalen hinter sich hat, Teile des Zentrums und der Demokraten werden sich ebenfalls zu ihm finden. Er lasse den Reichstag auflösen und er wird sehen, daß eine Mehrheit des Volkes diesem Kurse begeistert folgt. Ohne diesen Entschluß sei die Lösung der Kabinettskrise auf verfassungsmäßigem Wege einfach nicht mehr möglich. — Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht von demokratischen Quertreibern

Und wenn jetzt bereits Herr Ebert einen Empfang der bürgerlichen Parteiführer ablehnt, dann zeigt das doch, zu welcher Schärfe sich der Konflikt bereits zugespitzt hat. Und gerade die Zentrumspresse ist es, die daran erinnert, daß schon bei früheren Gelegenheiten Herr Ebert aus seiner gebotenen Zurückhaltung heraustrat, als nach Genau sich ein Gegensatz zwischen Herrn Dr. Wirth und seinem Finanzminister Dr. Hermes auftrat. Damals hat Herr Ebert sich auf die Seite von Hermes geschlagen, und zwar nur deshalb, weil er die mit dem Rapallo-Vertrag eingeleitete Politik mißbilligte und deshalb auch mit aller Gewalt Herrn